

Schoen, Hans Dieter

Article — Digitized Version

Die Kooperation zwischen Ost und West hat Zukunft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schoen, Hans Dieter (1968) : Die Kooperation zwischen Ost und West hat Zukunft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 4, pp. 194-201

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133831>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Kooperation zwischen Ost und West hat Zukunft

Dr. Hans Dieter Schoen, Rottach-Egern

Anfang Januar 1968 forderte das Moskauer Parteiorgan Prawda, Westeuropa solle „eng mit dem Ostblock zusammenarbeiten, um dadurch dem Ausverkauf der Intelligenz und der technischen Kolonisierung durch die Vereinigten Staaten entgegenzuwirken“. Hiermit wurde eine ungewöhnlich intensive Aktivität in West- und Osteuropa bei der Anknüpfung neuer Kooperations- und Handelsvereinbarungen demonstrativ eingeleitet. Wohl wurden bereits in den vergangenen Jahren die Fäden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sehr viel enger geknüpft, als dies der Öffentlichkeit in Ost und West bewußt ist: Es gibt bereits in verschiedenen Bereichen Ansätze der Integration, also zur gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit. Eine Störung der Handelsbeziehungen zwischen Ost und West würde bereits für verschiedene Branchen und Firmen schwere wirtschaftliche Schäden mit sich bringen, und zwar für Partner beiderseits des „Eisernen Vorhangs“.

BILATERALE KOOPERATIONSABKOMMEN

Neben der großen Zahl zweiseitiger Kooperationsvereinbarungen zwischen westlichen Unternehmen und östlichen Betrieben gibt es auch schon eine ganze Reihe von Kooperationsabkommen der Regierungen. Dabei handelt es sich in der Regel nicht um von den Parlamenten zu ratifizierende Abkommen, sondern — wie etwa im Falle der Vereinbarungen Polens mit der Bundesrepublik — um den Austausch von Briefen oder von Noten zu diesem Thema. Regierungsvereinbarungen über gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden auch zwischen der Bundesrepublik und Rumänien getroffen. Ähnliche Regelungen sind in den Gesprächen mit der CSSR anlässlich der Vereinbarung einer Wirtschaftsmission in Prag und in den laufenden Handelsgesprächen und Vorbereitungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien erörtert worden.

Unsere westlichen Nachbarn haben mit nahezu sämtlichen Ostländern zweiseitige ökonomische Kooperationsabkommen geschlossen. So hatte z. B. die Anfang des Jahres 1968 in Moskau abgehaltene Tagung der 1966 gegründeten „Französisch-sowjetischen Kommission zur Förderung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet“ Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit im Kosmos und über Atomprojekte zum Ergebnis. Noch Ende dieses Jahres soll ein Sputnik mit französischen Geräten an Bord einen Mondflug unternehmen. Außerdem wird 1968 die für Firmen beider Länder gegründete Handelskammer in Paris auch in Moskau eröffnet. Insbesondere die Franzosen sind damit über das Niveau von Kompensationsgeschäften mit dem Osten schon längst hinaus. Sie bemühen sich um die technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit östlichen Firmen und Wissenschaftlern in gemeinsamen Gremien.

GERINGE OSTKOOPERATION IN DER BRD

Obwohl hinsichtlich des Volumens des Osthandels immer noch die Bundesrepublik unter den westlichen Ländern führt, hat hier der Gedanke einer gegenseitigen wirtschaftlichen Durchdringung noch nicht die Verbreitung erfahren wie bei den anderen westlichen EWG- und EFTA-Mitgliedern. So beschränkte sich die Ostkooperation in der Bundesrepublik bisher auf die individuellen Vorstöße der Schwerindustrie sowie von Großunternehmen aus der Verbrauchsgüterindustrie und auf die Aktivität der Versandhäuser, die sowohl in den westlichen Niedriglohnländern als auch in östlichen Ländern beträchtliche Zulieferchancen erkannten. Die Mittelindustrie erhielt erst Anfang 1968 über verschiedene eigens zu diesem Zweck gegründete Organisationen bessere Möglichkeiten der Anknüpfung von Kompensations- und Kooperationsgeschäften. So wurde etwa in Hamburg eine „Internationale Compensationscentrale, Gesellschaft für Export- und Importkoordinierung mbH“ gegründet.

Erst seit eineinhalb Jahren wird die mittlere Unternehmenschaft in der Bundesrepublik von Verbänden und Wirtschaftsvereinen über die Möglichkeit und Risiken des Patent- und Lizenzhandels mit dem Osten aufgeklärt. Verschiedene internationale Tagungen wissenschaftlicher Institutionen, die diesem Thema gewidmet waren, fanden z. B. im Jahre 1967 in München und in Belgrad statt; sie dienten ebenfalls der Information über diese Form der Zusammenarbeit. Und mit dem inzwischen erfolgten Beitritt fast sämtlicher osteuropäischer Länder zur internationalen Patentkonvention wurde eine gemeinsame Rechtsbasis für die Erweiterung und Liberalisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschaffen.

KOOPERATION IM VERKEHRS- UND ENERGIEBEREICH

Aber auch die Vereinheitlichung der Infrastruktur des Verkehrs und der Energieversorgung wird von den Ländern im Osten und Westen Europas angestrebt.

□ Anfang dieses Jahres begründete der bayrische Wirtschaftsminister Schedl die Notwendigkeit einer forcierten Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Groß-

schiffahrtsweges mit der Erschließung der Ostmärkte und mit der wirtschaftlichen Integration Gesamteuropas. Ein anderes Beispiel hierfür ist die in den gleichen Tagen bekanntgegebene Vereinbarung über die Verlegung der Bahnstrecke zwischen Istanbul und der bulgarischen Grenze zwischen den beteiligten Ländern, um die europäische Orientstrecke zu verkürzen und den Umweg durch die griechische Enklave bei Bythion zu vermeiden.

□ Die deutsche Lufthansa konnte inzwischen einen Vorposten in Warschau vereinbaren. Man hofft, noch im Laufe des Jahres 1968 eine Flugverbindung Frankfurt—Moskau einrichten zu können. Schweizer Piloten werden nach einem Abkommen zwischen Swiss-Air und der tschechoslowakischen Flughafverwaltung in Zukunft in Preßburg ausgebildet.

□ In der zweiten Januarhälfte wurde die Einigung in den österreichisch-sowjetischen Verhandlungen über die Lieferung von sowjetischem Erdgas an Österreich und über den damit in finanziellem Zusammenhang stehenden sowjetischen Großauftrag auf Lieferung von überdimensionalen Erdgasleitungsrohren durch die VOST, Linz, bekanntgegeben. Das Projekt der Transeuropa-Erdgasleitung von der Ukraine



KONTAKT ÜBER JAHRZEHNTE

zu vielen Kunden spricht für gute Zusammenarbeit und bestätigt das uns entgegengebrachte Vertrauen. Unsere Erfahrungen in allen Fragen der Geldanlage, des Kapitalmarkts und der Börse, der Kreditgewährung, des Außenhandels sowie des Zahlungsverkehrs stehen allen Geschäftsfreunden zur Verfügung und gewährleisten fachgerechte Beratung. Wir unterhalten Geschäftsstellen an allen wichtigen Plätzen der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.

DRESDNER BANK

DUSSELDORF • FRANKFURT A. M. • HAMBURG
IN BERLIN: BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE A.G.
AFFILIATION: DEUTSCH-SÜDAMERIKANISCHE BANK A.G. HAMBURG

über Österreich nach Italien soll bis 1971 fertiggestellt werden. Bis dahin soll Österreich aber bereits Erdgas über die aus Mittelrußland durch die Slowakei führende Leitung erhalten. Damit wird ein mengenmäßig beträchtlicher Energieverbund mit dem Osten vorbereitet.

KOOPERATION DER INDUSTRIE

Die großen westlichen Unternehmen sind in erster Linie an dem Abschluß großindustrieller Kontrakte interessiert. Besonders die westeuropäische Automobilindustrie ist inzwischen wesentlich an der Entwicklung eines osteuropäischen Kfz-Potentials beteiligt:

□ So wurde Anfang 1968 bekannt, daß die Regie Renault im Rahmen des mit der UdSSR vereinbarten Kredits von 250 Mill. F schon für 210 Mill. F Einzelaufträge übernommen hat.

□ In der zweiten Januarhälfte 1968 besuchte der englische Ministerpräsident Wilson die UdSSR, um ebenfalls Exportpläne und insbesondere den Bau von Automobilfabriken nach britischen Lizenzen zu besprechen. Es handelt sich dabei um ein Pkw- sowie ein Lastwagen- und Omnibuswerk der neu formierten British Leyland Motor Corporation.

□ Den bisher größten Exporterfolg in die UdSSR verzeichnete die italienische Fiat, die im Vorjahr in Moskau die Lieferung eines Großautomobilwerkes im Werte von 1,3 Mrd. DM vereinbaren konnte. Dieses Vorhaben soll in den nächsten Jahren sogar bis zu einem Auftragswert von 6,4 Mrd. DM erhöht werden. Daran beteiligt sind eventuell auch die USA mit Zulieferungen bestimmter Fertigungsmaschinen. Italienische Automobilfabriken wurden außerdem in die meisten anderen osteuropäischen Länder geliefert, oder es wurden solche Lieferungen vereinbart.

Ähnliche Kontrakte konnten französische und englische Pkw- und Lkw-Hersteller abschließen.

□ 1967 erzielten auch die deutschen Autohersteller Erfolge bei den Bemühungen um Einrichtung von Niederlassungen, Servicestationen und Montagefabriken in verschiedenen Ostländern.

□ Anfang dieses Jahres wurde schließlich auch bekanntgegeben, daß die italienische Firma Pirelli einen 200 Mill. DM-Vertrag mit der UdSSR abgeschlossen hat.

Die UdSSR pflegt mit Italien ohnehin besonders enge Wirtschaftsbeziehungen, hat mit diesem Land sogar Kooperationsvereinbarungen über die Entwicklung der friedlichen Atomenergienutzung abgeschlossen und die 32. Levantemesse in Bari, die vom 10. — 23. 9. 1968 stattfindet, als Standort für die größte diesjährige sowjetische Messebeteiligung in Europa gewählt.

GEMEINSAME UNTERNEHMEN

Dem Beispiel anderer osteuropäischer Länder folgend, haben die Sowjets nun sogar ein gemischt-nationales Unternehmen im westlichen Ausland gegründet.

Sowjetische Außenhandelsorganisationen errichteten zusammen mit belgischen Gesellschaften eine Firma zum Vertrieb sowjetischer Erdölprodukte in Belgien und zeichneten 60 % des Kapitals. Wohl gibt es schon eine ganze Reihe sowjetischer Unternehmen in westlichen Ländern, etwa Bankniederlassungen in der Schweiz, Paris und London, Versicherungsunternehmen, Montageniederlassungen für sowjetische Autos, etwa in Bayern, sowie Einkaufsgesellschaften der UdSSR im Westen.

Die Praxis der Gründung gemischt-nationaler Firmen zwischen östlichen Betrieben und westlichen Unternehmen wurde zuerst von der CSSR und Jugoslawien eingeführt. Andere Ostländer folgten diesem Beispiel und beabsichtigten damit die gemeinsame Belieferung dritter Märkte sowie die Produktionsspezialisierung zur günstigeren Belieferung des eigenen Marktes und des Marktes des jeweiligen Partners. Man erhofft davon auch die preiswerte Erlangung der technischen Kenntnisse des Partners — also z. B. von Lizenzen und Patenten, rationellen Fertigungsverfahren sowie von Kapital.

Allerdings ist diese engste Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit in gemeinsamen Unternehmungen noch äußerst selten und wird — unseres Wissens — von der Sowjetunion Anfang 1968 erstmals versucht. Die UdSSR hat schon 1965 die Unternehmungen des eigenen Landes und die Mitglieder im Comecon dazu aufgefordert, mit dem Westen in möglichst hohem Umfang Lizenz- und Patentvereinbarungen zu treffen, um Forschungskosten zu sparen und — was den Ostländern noch wichtiger erscheint — die für die Forschung sonst nötige Zeitspanne überspringen zu können.

POLITISCHE ARGUMENTE GEGEN DIE KOOPERATION

Da die Sowjets bei der Propagierung des Patent- und Lizenzhandels mit dem Westen sowie bei der Forderung nach westlicher Kreditierung großindustrieller Anlagelieferungen in Ostländer für Zeiträume von fünf bis zehn Jahren bei niedrigen Zinsen kein Hehl daraus machten, daß sie sich davon eine Stärkung des östlichen Wirtschafts- und Rüstungspotentials erhoffen, stellt sich für den Westen die Frage, ob es ökonomisch vorteilhaft und politisch klug ist, dem vom Osten vorgetragenen Wunsch nach wirtschaftlicher Kooperation und die damit verbundene ökonomische Begünstigung und militärische Stärkung zu unterstützen.

Die Beantwortung dieser Frage erfordert die Analyse der Gesamtproblematik. In diesem Zusammenhang ist zunächst zu untersuchen, ob es sich bei der Außenhandelsentwicklung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg sowie bei der sich daraus ergebenden Integration um unabhängig voneinander zu betrachtende Erscheinungen handelt, oder aber ob sich Handel und wirtschaftliche Zusam-

menarbeit bedingen. Zu prüfen ist weiterhin, ob die Intensivierung des Handels und die gegenseitige ökonomische Durchdringung von Ost und West nicht vielleicht Änderungen der politischen Interessenlage auf beiden Seiten mit sich bringen, ob also die wechselseitige Abhängigkeit und Sympathien schaffende Kooperation von Technikern, Kaufleuten, Wissenschaftlern, Unternehmen und Wirtschaftsministerien in Ost und West zu einem grundsätzlichen Wandel in der politischen Einstellung führt und das Bewußtsein der Beteiligten in Richtung auf eine neue europäische Solidarität verändert.

Unstrittig dürfte sein, daß die ökonomische Veränderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa auch politische Konsequenzen impliziert. Weiterhin dürfte darüber Einigkeit herrschen, daß nicht um des kurzfristigen ökonomischen Vorteils willen, den zahlreiche westliche Unternehmen von der Zusammenarbeit mit dem Osten haben, langfristige politische Nachteile, die Erschütterungen der eigenen Position in Europa und in der Welt in Kauf genommen werden dürfen.

ZUNÄCHST AUSWEITUNG DES HANDELS

Es erscheint plausibel, daß die Ausdehnung des gegenseitigen Handels nur im Wege der Produktspezialisierung möglich ist, daß also die stärkere Belieferung der gegenseitigen Märkte mit bestimmten Waren bei gegebener Nachfrage- und Einkommenselastizität der Verbraucherschaft hier und dort stets auch auf Kosten entsprechender einheimischer Hersteller gehen wird. Langfristig dürfte die Ausweitung des gegenseitigen Außenhandels, jeweils in bezug auf das Bruttosozialprodukt der beteiligten Partner, nur bei dabei möglicher gegenseitiger Begünstigung der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten vorstellbar sein. Mit anderen Worten: Die Ausdehnung des Außenhandels wird vor allen Dingen im Bereich der Investitionsgüterindustrie erfolgen müssen. Der Handelsaustausch wird sich dabei allerdings auf verschiedenen Fertigungsstufen vollziehen. Und dies gemäß dem Investitionsgefälle zwischen zwei Außenhandelspartnern: Das höher entwickelte Land liefert Industrieeinrichtungen sowie Patente für Fertigungsverfahren und Warenkonstruktion, der weniger weit entwickelte Partner bezahlt mit Fertig- oder Halbfertigware aus eigener Produktion, oft im kunsthandwerklichen Bereich oder aber im Bereich lohnintensiver Fertigungen, bemüht sich um Devisen durch Ankurbelung des Fremdenverkehrs, ist an Abkommen der Gegenlieferung mit Produkten der bezogenen Industrieausstattungen interessiert und wird schließlich — und das ist die höchste Stufe volkswirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen verschieden weit entwickelten Industrieländern — die ausländische Kapitalinvestition im eigenen Land begünstigen, um auf diese Weise kurzfristiger Rückzahlungsverpflichtungen entgehen zu sein.

Eine wesentliche Ausdehnung des Außenhandels kann nach den vorgetragenen Überlegungen nur im Bereich der Investitionsgüterindustrien gefunden werden. Dem stehen jedoch, wie eine 1966 angestellte Untersuchung der Berliner Bank AG über die Aussichten des Westhandels der Ostländer ergibt, die geringe Außenhandelsintensität pro Kopf der Bevölkerung im Osten sowie der schmale Export- und Finanzierungsspielraum und die mangelhafte Elastizität von Außenhandelsmonopolen entgegen. Das Handelsvolumen muß sich zwangsläufig nach dem Partner mit den geringeren Exportmöglichkeiten orientieren, solange es am multilateralen Handels- und Zahlungsausgleich fehlt. Doch auch bei sich inzwischen anbahnenden Möglichkeiten eines multilateralen Handels- und Zahlungsausgleichs bleibt doch die Tatsache, daß der Ostblock als Ganzes geringere Exportmöglichkeiten hat als der Westen und der Spielraum somit begrenzt bliebe, wenn der Westen nicht zu Kreditierungen in größerem Stil bereit ist oder aber wenn der Osten nicht aus Interesse an Investitionsgüterbezügen, die über die Kreditlimits hinausgehen, Westinvestitionen im Osten zuläßt.

INTENSIVIERUNG DES AUSSENHANDELS DURCH KOOPERATION

Eine volkswirtschaftlich relevante Außenhandelsausweitung mit dem Osten ließe sich nur im Wege von Maßnahmen erreichen, die ihrer Natur nach als Wirtschaftskooperation bezeichnet werden müssen. Ohnehin bedingt schon die Intensivierung des Außenhandels selbst einen höheren Grad an Kooperation. Dies insofern, als z. B. die Intensität der gegenseitigen Messekontakte zunimmt, zwischen den verschiedenen Messeereignissen Repräsentanten der Firmen aus Ost und West sich gegenseitig besuchen, bei Ausdehnung des Handels auf technische Erzeugnisse die Einrichtung von Kundendienststationen und Verkaufsgestaltungen notwendig wird und die Pflege des steigenden Außenhandels nicht unbeträchtliche Anstrengungen der Öffentlichkeitsarbeit, des Marketing und der Werbung sowohl im Osten als auch im Westen erfordert.

Auf diese Weise wurde der Osten in den letzten zwei Jahren mit der Praxis und den Möglichkeiten der Verbraucheraufklärung, der Werbung und der Herstellung guter „public relations“ bekannt gemacht. Allein schon die Beschäftigung mit diesen für Ostfunktionäre ungewohnten Methoden und Praktiken dürfte bei den Einzelpersonen eine neuartige Betrachtung marktwirtschaftlicher Zusammenhänge und Erfordernisse bewirkt haben.

Viel weiter geht die Zusammenarbeit bei der Installation vollständiger Industriekombinate im Osten. Zu diesem Zweck müssen Ingenieur- und Architektenteams, Facharbeiter und Wissenschaftler entsandt werden, die Erfahrungen austauschen, persönliche Be-

ziehungen und Freundschaften anknüpfen und das Interesse an weiteren Forschungsergebnissen beider Partner erwecken können.

Ebenso wie für neu angeknüpfte persönliche Beziehungen zwischen Menschen im Westen und im Osten der soziologische Erfahrungssatz: „Kontakt schafft Sympathie!“ Gültigkeit haben dürfte, wird auch ein anderer, statistischer Lehrsatz Anwendung finden: „Mit der Quantität gleichartiger Erscheinungen verändert sich ihre Qualität!“ Angewendet auf das Phänomen der Herstellung zwischenmenschlicher Beziehungen folgt aus diesem Lehrsatz, daß mit der Vielzahl der persönlichen Kontakte nicht nur persönliche Sympathien, sondern ein Wandel in dem gegenseitigen Verstehen der Völker, ein verändertes politisches Klima und schließlich bei aller Entschiedenheit im Bekenntnis zum eigenen System doch Toleranz gegenüber den andersartigen Auffassungen erzielt werden kann. Dies erscheint der wesentliche positive Aspekt sozio-ökonomischer Entwicklungen zwischen Ost und West in Europa zu sein.

NOTWENDIGKEIT DER OST-KOOPERATION

Die wirtschaftliche Kraft eines Landes hängt von dem Erfolg im Wettbewerb auf dem Weltmarkt ab. Im Interesse der deutschen Wirtschaft — ebenso wie der Volkswirtschaften gleich großer benachbarter westeuropäischer Industriestaaten — liegt daher die Ausdehnung des eigenen Absatzmarktes und die Befestigung der Wettbewerbsposition durch Kostendegression mittels Vergrößerung der Produktionsserien. Die Bildung von EWG und EFTA sowie die Belebung des atlantischen Marktes durch die Verhandlungen der Kennedy-Runde waren bereits große Schritte auf dem Weg zur Markterweiterung und zur kontinentalen und globalen Arbeitsteilung in der westlichen Welt.

Schwierigkeiten und Probleme des internationalen Zahlungsverkehrs und des Währungssystems der westlichen Welt setzen jedoch sowohl der Außenhandelsexpansion im westlichen Welthandel und in den Entwicklungsländern als auch der dabei anzustrebenden interkontinentalen Arbeitsteilung recht enge Grenzen. Zugleich bietet sich den westlichen Unternehmern jedoch der Ostmarkt als ein ungesättigtes und aufnahmefähiges Konsum- und Produktionspotential dar, von dem derzeit kaum abzuschätzende Impulse auf das Wachstum der eigenen Wirtschaft ausgehen können. Und ebenso wie in den letzten fünfzehn Jahren der Wettbewerb der amerikanischen Industriegiganten sich immer stärker vom Inland auf Europa und Asien verlagert, durch dort erzielte Expansionserfolge auch über die Wettbewerbsposition am amerikanischen Inlandsmarkt entschied, ebenso werden auch in Zukunft die am Ostmarkt gewonnenen Marktanteile der europäischen und internationalen Groß- und Mittelunternehmen für ihre

weitere Entwicklung, Kapitalkraft und Wettbewerbsstärke mitbestimmend sein.

Wenn aber die wirtschaftliche Kraft eines Landes seinen politischen Einfluß maßgeblich determiniert, dann ist die Verstärkung der Wettbewerbsposition der deutschen und europäischen Großunternehmen im Welthandel auch eine politische Notwendigkeit.

NOTWENDIGKEIT DER WEST-KOOPERATION

Für die Ost-Volkswirtschaften sehen die politischen und ökonomischen Notwendigkeiten der West-Kooperation ähnlich aus. Auch sie sind, wollen sie Industrien nach dem neuesten Stand der Technik einrichten, auf große Märkte angewiesen, die sich ihnen für Industrieprodukte nur in den Entwicklungsländern und in den westlichen Industrieländern bieten. Die eigene Bevölkerung verfügt nicht über die nötige Kaufkraft, um die in Großkombinaten erzeugten Produkte abzunehmen. Vielmehr muß von der eigenen Bevölkerung noch auf Jahrzehnte hinaus ein höheres Maß an Konsumentbehrung gefordert werden, als es im Westen nötig ist. Nur so kann schließlich die eigene Kapitalbildung und die damit fortschreitende Unabhängigkeit von Kapitalgebern aus anderen Ländern erreicht werden.

Doch ist es gerade diese Abhängigkeit in der Überlassung von Kapital, die nicht ohne Einfluß auf die wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit und sogar auf die Beschaffenheit des Wirtschaftssystems im Osten bleibt. Die Überlassung von Kapital im Wege der Kreditierung von Investitionslieferungen und im Wege der Auslandsinvestitionen in Ostländern, die Privateigentum an Industrieinvestitionen für Ausländer zulassen, erhöht nämlich vorerst keineswegs die in wirtschaftlicher Unabhängigkeit zum Ausdruck kommende Wirtschaftskraft dieser Ostländer. Sie beeinträchtigt vielmehr sogar die ökonomische Dispositionsfreiheit, vor allem aber den Grad an Autarkie, der jetzt gegeben ist und der als Voraussetzung für vom Westen prinzipiell immer noch befürchtete feindselige Handlungen gilt.

Mit westlichen Patenten, Lizenzen, Fachleuten und Kapital importiert der Osten nun aber jenen „Geist aus der Flasche“, der, einmal gerufen, seinen Herrn beherrscht: den technischen Fortschritt. Dieser steigert erfahrungsgemäß Kapitalsog und Kapitalbedarf weit über die Fähigkeit industriell geringer entwickelter Länder zur eigenen Kapitalakkumulation. Und dieses Kapital ersetzt menschliche Arbeitskraft, setzt also Arbeitskräfte frei, für deren Einsatz neue Kapitalinvestitionen notwendig sind. Solange der Osten nicht in der Arbeitsproduktivität den Standard des Westens erreicht hat, werden aber durch neue Kapitalinvestitionen immer wieder neue Arbeitskräfte freigesetzt — dies jedenfalls in größerem Umfang,

als umgeschulte, zur Bedienung der modernen technischen Installationen geeignete Arbeitskräfte zusätzliche Beschäftigung finden können.

SOZIALE PROBLEME

Erfahrungsgemäß beginnt dieser Prozeß der Substitution von Arbeitskräften durch Kapital bei der Landwirtschaft. Gerade die hier freigesetzten Arbeitskräfte können jedoch nicht in kurzfristigen Kursen zum Industrieinsatz umgeschult werden, selbst wenn das benötigte Produktionspotential für ihre Beschäftigung vorhanden wäre.

Für den Osten werden sich somit aus einem forcierten Industrialisierungsprozeß, der durch westliche Unterstützung in die Wege geleitet wird, derzeit kaum überblickbare soziale Schwierigkeiten ergeben. Die Bewältigung dieser Schwierigkeiten erfordert die erneute Hilfe des Westens. So hat z. B. Jugoslawien mehrere hunderttausend durch Industrialisierung und in der Landwirtschaft freigesetzte Arbeitskräfte als Gastarbeiter in westeuropäische Länder geschickt. Mit der Gewährung der Freizügigkeit beginnt aber der Integrationsprozeß in Europa, beginnt der Abbau des „Eisernen Vorhangs“.

Inzwischen leuchtete den Managern der östlichen Volkswirtschaft ein, daß es für sie vorteilhafter ist, die West-Industrien in das Land zu holen, als die freigesetzten Arbeitskräfte außer Landes zu schicken. Auf lange Sicht ist die geschulte menschliche Arbeitskraft der größte Engpaß für das Wachstum moderner Volkswirtschaften und von höherem Wert als Kapital und Boden. Mit der Zulassung westlicher, im Privateigentum verbleibender Investitionen im Osten ergibt sich zumindest die Einführung einer in Gesamteuropa einheitlichen Organisation des Managements, des Selbstverständnisses von Wettbewerb und der Gültigkeit des Leistungsprinzips. Auf dieser gemeinsamen Basis kann viel leichter ein neues kontinentales Solidaritätsverhalten aller Europäer über Grenzen und Systeme hinweg gefunden werden.

FOLGEN DER WEST-KOOPERATION

Festzuhalten gilt die Erkenntnis, daß mit Hilfe von Krediten und Kapitalinvestitionen geförderte Industrialisierungen den Kapitalsog verstärken, nicht aber den Kapitalbedarf vermindern. Zudem werden soziale Probleme verursacht, die zur Gewährung der Freizügigkeit führen und die volle Konzentration der östlichen Regierungen auf die Probleme der Innenpolitik veranlassen. Obendrein ergibt sich in diesem Prozeß nicht nur eine Kapitalabhängigkeit vom Westen, vielmehr sieht sich der Osten bei vorerst unzureichendem Konsumpotential mangels Kaufkraft der Bevölkerung nicht in der Lage, spezialisierte Massenfertigungen in Konsumausprägung auf dem

eigenen begrenzten Markt abzusetzen, benötigt hierfür, insbesondere was veredelte Agrarprodukte angeht, die EWG-Märkte und möglichst auch die Weltmarktverbindungen der EWG-Kooperations-Partner. Daher zeigen sich die Ostunternehmen zusehends nicht nur am know-how, sondern auch am good will der westeuropäischen Unternehmen interessiert, also an dem Recht zur Führung westlicher Warenzeichen und Wertmarken.

Diese Analyse ökonomischer, soziologischer und politischer Auswirkungen östlicher Industrialisierung mit westlicher Hilfe erweist, daß, solange noch ein Unterschied in der Kapitalausstattung zwischen West- und Osteuropa besteht, die ökonomischen Probleme des Ostens vorerst eher verstärkt als vermindert werden. Auch wird die Ergiebigkeit der östlichen Wirtschaftskraft zunehmend von der Zusammenarbeit mit den westlichen Volkswirtschaften in Abhängigkeit gebracht und zugleich eine Vereinheitlichung der technischen und betriebswirtschaftlichen Verfahrensweisen in West und Ost im Zuge solcher Kooperation erreicht.

Die Zusammenarbeit trägt somit zum politischen und wirtschaftlichen Nutzen des Westens bei, dürfte wahrscheinlich das westliche Wirtschaftspotential bei Marktausdehnung auf den Osten stärker begünstigen als das östliche. Schließlich wird im Wege der Freizügigkeit durch Gastarbeiteraustausch und Fremdenverkehr sowie im Zuge der Ausbildung einer bei Kooperation unerläßlichen gemeinsamen Verkehrs- und Energieinfrastruktur ein in seinen ökonomischen und politischen Funktionen weitgehend einheitliches Europa geschaffen, das in der föderativen Gliederung nach wie vor landsmannschaftliche Unterscheidungen und Gegensätze der Wirtschaftsauffassung sowie der Rechtssysteme ausweisen wird. Solche Gegensätze sollten jedoch ohne Schaden für die wirtschaftliche Effizienz und für die weltpolitische Position des Kontinents toleriert werden.

NICHT NUR STÄRKUNG DER RÜSTUNG

Wenn also der Osten sich von der Kooperation auch vorerst vor allem die Stärkung der Rüstung und wirtschaftlichen Unabhängigkeit erhofft, so dürfte auf Grund der angestellten ökonomischen und soziologischen Überlegungen doch gewiß sein, daß das Ergebnis kurz- wie langfristig ein anderes sein muß. Mit der Erhöhung der Wirtschaftskraft im Osten geht auf mittlere Sicht sogar eher ein Verlust an Unabhängigkeit im wirtschaftlichen Handel einher. Und daraus wiederum resultiert die Notwendigkeit zum dauerhaften politischen Arrangement mit Westeuropa, zu der angestrebten Befriedung dieses Kontinents, seiner wirtschaftlichen Vereinigung und der Erhöhung seines politischen Gewichts und Mitspracherechts in den Angelegenheiten der Welt.